

Berlin, Freitag, Die Zeitung erscheint in der Woche zu 5 Pfennig.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 Mt. 50 Pf. ohne Posten, für ganz Deutschland 9 Mt. Österreich 13 Kr. 82 Hell., Russland & Ural 56 Kop., Holland 7 Fl. 50 Cts. Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. a. Kreuzbandsendung 20 Mt. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Messrs. Stegle 30 Abbe Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Telegraphische Adresse: Börsefronte.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. S., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Viehungslisten der Preussischen Klassen-Sollerte.

Allgemeine Verlosungslisten mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Nachweisungen.

Inserions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restamteil 1 Mt.

Fernsprecher:

Nr. I, Nr. 243.

Vom Tage.

In seiner gestrigen Sitzung stimmte der Bundesrat dem Entwurf einer Bestimmung über den Vertrieb von Zigaretten zu.

Die Session des mährischen Landtages ist durch Allerhöchstes Reskript geschlossen worden.

Nach einer in London veröffentlichten amtlichen Mitteilung sind die Verhandlungen der Veto-Konferenz ergebnislos verlaufen.

Der Anpalshof in Petersburg verurteilte den Journalisten Baron Ungern-Sternberg zu vier Jahren Zwangsarbeit.

Die Rinfkonvention ist auf fünf Jahre, der internationale Zinkfüttenverband auf zunächst drei Jahre verlängert worden.

Das Phantom eines weißen Australasiens.

Es gibt auf der ganzen weiten Erdenrunde kaum ein Land, das nicht sein besonderes Bevölkerungsproblem hätte. Man denke nur, um wenige Beispiele herauszugreifen, an Deutschland mit seiner polnisch, dänisch, französisch sprechenden Bevölkerung, an England und die irische Frage, an den Gegensatz zwischen Nord- und Südafrika, an die ethnologisch so bunt zusammengesetzte Balkanhalbinsel, an Österreich mit seiner schier unübersichtlichen Sprachenkarte, an Amerika mit seinen Gegensätzen, nicht nur zwischen Ost und Süd, sondern auch mit seinen Sorgen wegen des stetigen Zustromes von Einwanderern aus allen Ländern der Welt. Aber sicher ist keines unter allen diesen Bevölkerungsproblemen so fesselnd und lehrreich als das Australasiens.

Es ist schon an und für sich merkwürdig, daß ein an natürlichen Schätzen so reiches und so viele Möglichkeiten der Ernährung bietendes Land eine so überaus dünn besetzte Bevölkerung hat. Nach Schätzung vorzüglicher Kenner der Verhältnisse könnte Australien mindestens 20 Millionen Menschen mehr ernähren, und man fragt sich vergebens, woher es kommt, daß dieser fünfte Erdteil nur die lächerlich geringe Zahl von vier Millionen Menschen hat. Der bekannte Berliner Professor Dr. Alfred Meade führt in seinem neuen erschienenen großartigen Werke „Das Land der sozialen Wunder“, dessen Studium wir nur angelegentlich empfehlen können, diesen Umstand auf das Fehlen jener Bevölkerungsschicht zurück, die man als Proletariat zu bezeichnen pflegt. Die sattsam Bekanntheit auf der einen Seite und die fehlende Furcht vor einem äußeren Feind im Verein mit der ultrademokratischen Politik, die nur an den Augenblick denkt, hindern in Australien die natürliche Vermehrung der Bevölkerung und führen zur Vernachlässigung der künstlichen Vermehrung durch Einwanderung. Dabei geht die Bevölkerungsziffer ständig zurück. Dieser Rückgang in der Bevölkerung setzt schon nach rein physikalischen Gesetzen das menschenleere Australien der Gefahr aus, mit dem Ueberflutungs der besonders stark anwachsenden Völker gefüllt zu werden. Unter diesen sind die Chinesen und die Japaner die nächsten. Das weiß man in Australien seit langem, und daher hat man, um die Nachfrage nach Arbeitern höher zu halten als das Angebot und die Löhne und anderen Arbeitsbedingungen möglichst günstig für die Arbeiter zu gestalten, scharfe Ausnahmegesetze gegen die Einwanderung erlassen.

Das Betreten australischen Bodens ist heute u. a. jeder Person untersagt, die nicht in der Lage ist, ein aus 50 Worten bestehendes Diktat in einer durch Regulativ zu bestimmenden Sprache zu schreiben (der sogenannte dictation test). Dieses Regulativ ist aber niemals erlassen worden, sodaß noch die Be-

stimmung des Gesetzes von 1901 zu Recht besteht, in dem gesagt ist, daß das Diktat aus 50 Worten „in einer europäischen Sprache“ bestehen muß. Welche Sprache der australische Beamte wählt, bleibt ihm überlassen. Die Regierung hat also die Macht, auch einen gebildeten Deutschen, der außer seiner Muttersprache vielleicht noch englisch, französisch, italienisch und spanisch kennt, dadurch abzuweisen, daß man ihm ein russisches oder bulgarisches Diktat gibt. Und tatsächlich wird ein ähnlicher Fall aus Neuseeland berichtet, bei dem ähnliche gesetzliche Bestimmungen wie die australischen über die Einwanderung in Geltung sind. Gegen Hinterlegung von 100 Pfund Sterling kann jedoch nach Belieben des Einwanderungsbeamten auch eine die Diktatvorschriften nicht erfüllende Person zu vorübergehendem oder dauerndem Aufenthalt in dem Commonwealth zugelassen werden. Für die Uebertretung der Immigration Restriction Acts wird nicht nur der Einwanderer mit einem halben Jahr Gefängnis und Ausweisung bestraft, sondern auch der Eigentümer, Kapitän oder Agent eines Schiffes, das einen nicht zugelassenen Einwanderer nach Australien bringt, mit einer Geldstrafe bis zu 100 Pfund Sterling. Und mancher deutsche Kapitän hat für einen seiner chinesischen Matrosen oder Stewards, die heimlich an Land gingen und nicht wiederkamen, 2000 Mt. zahlen müssen.

Das Gesetz ist nicht ohne Gesicht erlassen, und man ist in Australien stolz darauf, die Chinesenfrage so einfach und bequem „gelöst“ zu haben. Ist man aber wirklich so naiv, zu glauben, durch ein Staatsgesetz die Gesetze der Natur von Gefühlen eines volkreicheren Gebietes durch den Strom der Einwanderer aus volkreicheren Ländern abändern zu können? Hofft man tatsächlich durch einen papierernen Alt Australasiens vor dem erwachenden China zu retten? Das Gesetz bleibt keinen Tag länger in Kraft, als die Chinesen oder Japaner es wollen. Das weiße Australien zu einem gelben zu machen, wird aber zweifelsohne in absehbarer Zeit der Wunsch der Ostasiaten sein.

Allen nicht nur eine gelbe Gefahr hat das weiße Australien. Auch eine schwarze und braune hat das Land. Aber nicht die Ureinwohner sind es, die den Vorkämpfern für die „Weißheit“ des fünften Erdteils heute noch schwere Kräfte aufgeben, sondern die Kanaken, die Bewohner der benachbarten Südpazifiks, des polynesischen Gebietes.

Diese Kanaken befinden sich ausschließlich im nördlichsten Queensland. Hier waren sie auf den in hochtropischem Klima gedeihenden Zuckerplantagen zusammen mit indischen Arbeitern beschäftigt und gaben kaum zu Klagen Anlaß. Aber eine der Hauptforderungen der australischen Arbeiterparteien lautet: Konstituierung eines weißen Australasiens, und diesem Prinzip zuliebe mußten die farbigen Arbeiter aus dem Lande heraus. Der 1900 in Queensland erlassene Sugar Works Guarantee Act gewährte erhebliche Staatsunterstützungen für Zuckerfabriken, die gewisse Bedingungen erfüllen. Eine dieser Bedingungen (in der Fassung einer Novelle) war die Nichtverwendung farbiger Arbeiter. Hiergegen erhob die englische Regierung Widerspruch, weil sie fürchtete, Japan werde sich berechtigt fühlen. An die Stelle von Queensland trat 1901 der Bund, und dieser änderte den Wortlaut des Gesetzes und verlangte von jedem Einwanderer, also nicht nur den farbigen, ein Diktat, indem gleichzeitig die Einwanderung von fremden Arbeitern, die vor ihrer Ankunft einen Vertrag mit einem australischen Unternehmer abgeschlossen haben, verboten wurde; ausgenommen wurden nur Arbeiter mit Spezialkenntnissen, wie sie sich in Australien nicht finden, und, nach neuseeländischem Vorbild, Seeleute für die Küstenfahrtschifffahrt, falls diese die üblichen hohen Löhne beziehen.

Mit der seit Bestehen des Commonwealth strift durchgeführten, übrigens ziemlich kostspieligen Er-

patrickierung aller farbigen Arbeiter aus den Queensland Zuckerplantagen hat Australien die Lösung eines Problems begonnen, das für alle tropische Kolonien bestehenden Staaten von der größten Wichtigkeit ist, nämlich das Problem, ausschließlich weiße Arbeiter in tropischer Gegend zu beschäftigen. Darüber, ob dies gelingen ist oder auf die Dauer gelingen wird, gehen die Ansichten in Queensland weit auseinander. Ehe man ein endgültiges Urteil abgibt, wird man noch manches Jahr abwarten müssen. Aber man ist fest entschlossen, eher die Zuckerindustrie Queensland aussterben zu lassen, obwohl jeder der halben Million Queenslanders an dem Gedeihen der Zuckerplantagen interessiert ist, weil große Summen aus öffentlichen Mitteln in dieser Industrie angelegt sind, als farbige Arbeiter im Lande zu dulden. Man sieht: die Arbeiterpartei läßt sich ihr Rassenreinheitsprinzip etwas fallen. W-S.

Telegramme.

Brag, 10. November. (C. T. C.) Der Statthalter setzte heute im Namen der Regierung die Vermittlungen, die ins Stocken geratenen Ausgleichsverhandlungen wieder flott zu machen, fort, indem er mit den Parteiführern unterhandelte. Die Beratung fand nicht im Landtag, sondern in der Privatwohnung des Oberstaatsmarschall = Stellvertreters Dr. Urban statt, und die Teilnehmer sind ehrenwörtlich zum Stillschweigen verpflichtet.

Brinn, 10. November. (C. T. C.) Die Landtagsession ist heute durch Allerhöchstes Reskript geschlossen worden.

Wien, 10. November. (C. T. C.) Oesterreichische Delegation. Bei der Fortsetzung der Verhandlungen über das Budget des Ministeriums des Innern protestierte der Delegierte Remec gegen den Ton und die Art der Kritik, die Graf Appensthal gegenüber den Sozialdemokraten ausgeübt habe. Er betonte, die Tschechen und Sozialdemokraten seien keine Gegner des Dreibunds. Sie bedauern jedoch, daß sich Oesterreich-Ungarn in solchem Maße für die Interessen Deutschlands festlege, daß der Dreibund die inneren Angelegenheiten förmlich zu beeinflussen scheine. Remec wandte sich sodann entschieden gegen die Behandlung der österreichischen Arbeiter, besonders der Polen, Russen und Tschechen in Preußen. Der Delegierte Jedzejewski erklärte, er begriffe es mit Freude, daß Graf Appensthal an der konservativen Politik festhalte. Im Augenblick der Gefahr seien alle Völker der Monarchie einig. Oesterreich-Ungarn verbande die Erhaltung des Friedens in erster Linie der Friedensliebe des Kaisers und sodann der Schlagfertigkeit der Arme. Auf die neuen Provinzen, die einen Teil der Gesamtmonarchie bildeten, hätten weder Oesterreich noch Ungarn allein Anspruch. Die Polen seien stets für eine Verstäubung der Slaven innerhalb der Monarchie, hielten aber den Neofaschismus für eine Utopie. Für die Großmachtsstellung der Monarchie sei der nationale Friede im Innern die Hauptsache. In der weiteren Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern erklärte Delegierter Dr. Kramarcz, es sei gefährlich, das Bündnis mit Deutschland als eine Herzenssache der Bevölkerung hinzustellen. Bei zwei Dritteln der Bevölkerung könne von Herzenssache keine Rede sein. Wenn güttern jemand sagte, Kaiser Wilhelm sei der Störenfried, so müsse Redner dagegen protestieren. Ein Monarch, der so tief religiös denke wie der deutsche Kaiser, sei nicht imstande, sein eigenes Gewissen zu überdübeln, um einen Krieg wegen des Krieges zu wollen. Auch seien es nicht die Monarchen, welche den Krieg machten. Die großen Interessentkonflikte der großen Nationen seien stärker als der stärkste Wille aller Monarchen zum Frieden. Das ist, fuhr Kramarcz fort, gegenwärtig die große Bedeutung unseres Bündnisses mit Deutschland, daß wir insolge der Annexion vollständig in den Kreis der großen Weltinteressen, die Deutschland verfolgt, und die zu einem Konflikt führen können, hineingezogen wurden. Zur Dankbarkeit gegen Deutschland ist gar keine Ursache. Hatte uns Deutschland vor der Türkei oder Serbien zu retten? Es war nicht notwendig, uns wegen dieser Dankbarkeit